Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige. Reklamezeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 60 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 296 — Sonntag, den 18. Dezember 1932 — 27. Jahrgang

Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister

Informierung über die Regierungspläne

Berlin, 16. Dez. Heute vormittag fand im Reichswirtschaftsministerium eine Aussprache zwischen Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und den Vertretern aller Gewerkschaften statt, bei der eine Reihe aktueller Fragen auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik eingehend erörtert wurden.

Weitere Besprechungen mit den Verbänden der Unternehmer finden in den nächsten Tagen statt.

Wie hierzu ergänzend mitgeteilt wird, hatten die Gewerkschaftsvertreter den Wunsch geäußert, sich über bestimmte Fragen zu informieren. Dazu gehörten in erster Linie die Probleme der Arbeitsbeschaffung, ferner die Stellung der subventionierten Betriebe und die Regelung der Spitzengehälter bei solchen Firmen und schließlich die Einstellung der Reichsregierung zu den Fragen, die die kommende Weltwirtschaftskonferenz beschäftigen werden. Ueber alle diese Dinge hat man sich eingehend ausgesprochen. Sie werden auch in der Aussprache mit den Arbeitgebervertretern behandelt werden, die in den nächsten Tagen stattfinden sollen.

Berlin, 16. Dez. Das Nachrichtenbüro des VDZ. hört über den Empfang der gewerkschaftlichen Spitzenverbände beim Reichswirtschaftsminister aus gewerkschaftlichen Kreisen, daß in dieser Konferenz die Fragen der Arbeitsbeschaffung, der Handelspolitik, der Aufgaben der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz und der staatlichen Subventionspolitik eingehend erörtert wurden. Minister Warmbold habe ausdrücklich den Gewerkschaften gegenüber darauf hingewiesen, daß seitens des Reichswirtschaftsministeriums die Arbeitsbeschaffung auf das lebhafteste gefördert werde. Allerdings müsse man bei der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung daran festhalten, daß jede Kreditschöpfung da ihre natürliche Begrenzung finde, wo nicht die absolute Sicherheit der Währung gewährleistet sei. Die für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellende Summe stehe im Augenblick noch nicht endgültig fest. Zeitungsmeldungen, die von 1,5 Milliarden sprächen, seien nicht fundiert. Die Gewerkschaftsvertreter gewannen hierbei die Auffassung, daß eher noch eine etwas höhere Summe in Frage kommen würde.

Minister Warmbold äußerte sich sodann über die Wirksamkeit der sogenannten Einstellungsprämie. Nach den bisherigen amtlichen Feststellungen seien immerhin 62 500 Arbeitnehmer auf diesem Wege neu in Arbeit und Brot gekommen. Bisher seien für diesen Zweck 50 Millionen RM. in Steuergutscheinen ausgegeben worden.

Zur Subventionspolitik habe der Minister erklärt, daß die Reichsregierung eine solche im allgemeinen nicht als erwünscht bezeichne und daß größte Zurückhaltung geübt werden solle bei staatlicher Subventionierung in der Privatwirtschaft. Diese Zurückhaltung dürfe aber kein Dogma sein, besonders wenn volkswirtschaftliche Interessen auf dem Spiele stehen. Auf Fragen der Gewerkschaftsvertreter habe der Minister erklärt, daß gegenwärtig eine Erhebung durchgeführt werde, um festzustellen, welche Einkünfte und Bezüge in den subventionierten Betrieben gezahlt würden.

Beamtenvertreter beim Reichsinnenminister

Berlin, 16. Dez. Reichsinnenminister Dr. Bracht empfing am Donnerstag die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes. In der Unterredung wurden alle in Frage kommenden aktuellen Beamtenprobleme erörtert, wobei sich der Reichsinnenminister erneut als Anhänger des Berufsbeamtentums bekannte.

Nationalsozialistische Angriffe gegen Schleicher

Berlin, 16. Dez. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Preußischen Landtages richtete der nationalsozialistische Fraktionsführer Kube scharfe Angriffe gegen Reichskanzler von Schleicher in Zusammenhang mit dessen Bemerkungen über General von Litzmann. Die Bemerkungen des Reichskanzlers von Schleicher über General von Litzmann müßten, so sagte Kube, aufs schärfste zurückgewiesen werden. Obgleich die historische Persönlichkeit des Generals von Litzmann über diesen Angriffen stehe, so bleibe es doch tief bedauerlich, daß ein unbekannter Major des Weltkrieges mit diesen Angriffen nicht nur gegen den Alterspräsidenten des Reichstages und Landtages, sondern gegen einen ihm weit überlegenen militärischen Führer Stellung genommen habe. Wenn der Kanzler in seinen Ausführungen den Ausdruck Kameradschaftlichkeit gebraucht habe, so sei zu fragen, ob er seinerzeit Generaloberst v. Seeckt, die Minister Geßler und Groener, sowie die Reichskanzler Brüning und v. Papen aus Kameradschaft zur Strecke gebracht habe. Herr von Schleicher sei der allerletzte, der über den Begriff „Kameradschaftlichkeit" Anschauungsunterricht erteilen könne. Die Nationalsozialisten würden es begrüßen, wenn Reichskanzler von Schleicher sich aus dieser kameradschaftlichen Einstellung heraus selbst eines Tages unter Wasser torpedieren würde.

Preußischer Landtag

Berlin, 16. Dez. Der preußische Landtag führte am Freitag eine große kulturpolitische Aussprache durch und überwies die dazu vorliegenden Anträge den Ausschüssen. Der Landtag vertagte sich dann bis zum 17. Januar 1933.

Arbeitsbeschaffungsanleihe vom thüringischen Landtag genehmigt

Weimar, 16. Dez. Der Landtag genehmigte heute abend eine Regierungsvorlage über Aufnahme einer Anleihe von 5 Milliarden RM. zur Arbeitsbeschaffung sowie über Aufnahme eines kurzfristigen Kredites von 5 Millionen RM. zur Verstärkung der Betriebsmittel der Landeshauptkasse.

Strafantrag des Reichsanwaltes im Landesverratsprozeß Jäger

Leipzig, 16. Dezember. In dem Prozeß gegen den Chauffeur August Jäger, der beschuldigt wird, im Jahre 1915 an der Front bei Langemarck zu den Franzosen übergelaufen zu sein und deutsche Angriffsvorbereitungen verraten zu haben, beantragte der Reichsanwalt wegen Kriegsverrates gegen den Angeschuldigten 14 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. — Am Sonnabend wird noch ein von der Verteidigung geladener Zeuge vernommen. Man erwartet schon an diesem Tage das Urteil.

Kommunistische Demonstrationen in Köln

Köln, 16. Dez. Jungkommunisten veranstalteten heute in der Altstadt Demonstrationen. Polizeibeamte wurden mit Briketts beworfen. Mehrere Demonstranten wurden festgenommen. Zur Zeit dauern die Unruhen noch an.

Heute Beratung des Reichskabinetts über die Milderung der innerpolitischen Notverordnungen

Berlin, 17. Dez. Das Reichskabinett hat sich heute vormittag versammelt, um die Milderung der bekannten innerpolitischen Notverordnungen zu beraten. Es ist mit einer neuen Verordnung zu rechnen, durch die bestimmte Maßnahmen aufgehoben weden, während die, deren Aufrechterhaltung notwendig ist, neu gefaßt und zusammengestellt werden. Da die Verordnung vom Reichspräsidenten unterschrieben werden muß, wird sie erst in der ersten Hälfte der nächsten Woche veröffentlicht werden.

Noch keine Entscheidung über Reichstagseinberufung

Berlin, 16. Dez. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am Mittwoch früh die Einberufung des Aeltestenrates zur Entscheidung über den Wiederzusammentritt des Reichstages beantragt, der nach den Wünschen der Kommunisten schon am kommenden Montag erfolgen sollte. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, ist jedoch vom Reichstagspräsidenten Goering der Aeltestenrat bisher noch nicht einberufen worden, so daß auch der Zusammentritt des Reichstages praktisch nicht mehr in Frage kommt. Auf Veranlassung des kommunistischen Fraktionsführers Abg. Torgler hat daher, wie das Nachrichtenbüro des VDZ „weiter hört", das Reichstagsbüro den abwesenden Präsidenten telegraphisch um eine Entscheidung gebeten.

Luther gegen Amnestierung der Devisenschieber

Berlin, 16. Dez. Reichsbankpräsident Dr. Luther hat, dem „Börsenkurier" zufolge, an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er ernste Bedenken darüber äußert, daß durch die im Reichstag beschlossene Amnestie auch sogenannte Devisenschieber dem Richter entzogen oder von der bereits verhängten Strafe befreit werden könnten. Nach Mitteilung von zuständiger Seite, so berichtet das Blatt weiter, dürfte es kaum vorkommen, daß eine wegen Vergehens gegen die Devisengesetzgebung bestrafte Person unter die Amnestie fällt, da ein solches Vergehen nicht mit wirtschaftlicher Notlage oder mit politischen Motiven in Zusammenhang gebracht werden könnte. Anscheinend hat der Reichsbankpräsident den Schritt unternommen, um auf jeden Fall zu verhindern, daß ein Devisenvergehen amnestiert wird.

Die französische Regierungskrise

Chautemps lehnt ab

Paris, 16. Dez. Chautemps hat, nachdem er im Laufe des Nachmittags mit den verschiedensten politischen und parlamentarischen Persönlichkeiten Fühlung genommen und am Abend eine letzte entscheidende Aussprache mit Herriot hatte, dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er wegen der bestehenden Schwierigkeiten darauf verzichten müsse, das Kabinett zu bilden.

Beauftragung Paul Boncurs?

Paris, 16. Dez. Der Präsident der Republik hat heute abend Paul Boncour, Kriegsminister im Kabinett Herriot, ins Elysée gebeten, um ihn, wie man annimmt, die Kabinettsbildung anzubieten.

Frankreich rückt weiter ab

Eine Denkschrift der französischen Delegation

Genf, 16. Dezember. In hiesigen internationalen Kreisen erregt eine Denkschrift der französischen Abrüstungsabordnung großes Aufsehen, in der gegen die amtliche deutsche Auslegung der Fünfmächtevereinbarung vom 12. Dezember Stellung genommen wird. Diese Denkschrift, die einzelnen Genfer Stellen vertraulich übermittelt worden ist, deckt sich inhaltlich fast vollständig mit der von der halbamtlichen Havas-Agentur am 15. Dezember veröffentlichten Stellungnahme.

Die Denkschrift sucht im wesentlichen die Fünfmächtevereinbarung in allen Punkten zu entwerten und betont, daß selbstverständlich im Falle eines Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen der Versailler Vertrag weiter unbeschränkt in Kraft bleibe, daß ferner die Gleichberechtigungsfrage Deutschlands in unlösbarem Zusammenhang mit der Regelung der Sicherheitsfrage gebracht sei und die Gleichberechtigung wie auch die Sicherheit keineswegs Ausgangspunkt, sondern lediglich eines der Ziele der Abrüstungskonferenz sei. Die deutsche Regierung habe ihre Forderung auf Anerkennung der qualitativen Gleichberechtigung und der gleichen Geltungsdauer des kommenden Abrüstungsabkommens nicht durchgesetzt. Teil V des Versailler Vertrages werde nur dann abgeändert werden, wenn das künftige Abrüstungsabkommen von sämtlichen Signatarstaaten des Vertrages unterzeichnet und auch ratifiziert worden sei.

Auf französischen Druck wird die große Havas-Note von der gesamten hiesigen Presse in größter Aufmachung gebracht.

*

Dieses planmäßige französische Vorgehen wird in allen unterrichteten Kreisen als ein offenes Abrücken der französischen Regierung von der Fünfmächtevereinbarung bewertet. Der Protest der kleineren Mächte im Hauptausschuß der Konferenz kann daher nur als der erste Auftakt zu einem planmäßigen französischen Vorgehen zur Entwertung der gesamten Fünfmächtevereinbarung aufgefaßt werden. Die deutsche Regierung wird unter Berücksichtigung dieser Lage den entscheidenden Kampf auf der bevorstehenden Januartagung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz aufnehmen müssen. Schon jetzt aber muß betont werden, daß Frankreich mit seiner Unterschrift unter den Fünfmächtepakt anerkannt hat, daß auch für Frankreich als Vertragspartner der Genfer Konvention die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung Ausgangspunkt und nicht Ziel der Abrüstungskonferenz ist. Wenn Frankreich so rasch von seiner Unterschrift abrückt, wird es sich nicht wundern dürfen, wenn bei anderer Gelegenheit die Kontrahenten seiner sonstigen Verträge sich nicht mehr an die „Heiligkeit" ihrer eigenen Unterschrift gebunden fühlen.

SLUB
Wir führen Wissen.